

AKTUELLER KONTEXT DER SITUATION IN NICARAGUA

Der historische Kontext - Wie sind wir zur aktuellen Situation gekommen?

Nicaragua befindet sich in einer tiefen sozio-politischen Krise, die auf den von der herrschenden Familie eingeschlagenen Weg zu einer autokratischen Diktatur zurückzuführen ist. Der Weg zum Autoritarismus begann, als Daniel Ortega nach der Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 1990 beschloss, „von unten zu regieren“, d.h. jede Aktion einer anderen Regierung als der eigenen durch gewaltsame Proteste zu behindern und zu sabotieren.

Die Wahlniederlage der FSLN und die Wahl von Violeta Barrios de Chamorro zur Präsidentin der Republik markierten das Ende der sandinistischen Volksrevolution und zugleich das Ende eines blutigen Bürgerkriegs, der durch die Fehler der Revolutionsführung ausgelöst und durch die Intervention der USA noch verschärft wurde und Zehntausende von Toten forderte. Der politischen Polarisierung, der Hyperinflation und dem wirtschaftlichen Ruin des Landes infolge des jahrelangen Bürgerkriegs begegnete die neue Regierung mit neoliberalen Maßnahmen, die Daniel Ortega als Rahmen dienten, um mit seinem Slogan „Regieren von unten“ auf der politischen Bühne Nicaraguas präsent zu bleiben.

Ortega, der von 1984 bis 1990 die Präsidentschaft innehatte und die Wahlen 1990 verlor, verlor die Wahlen 1996 erneut und unterzeichnete zwei Jahre später unter dem Druck der anhaltenden Proteste einen Pakt mit dem damaligen Präsidenten Arnoldo Alemán. Die Vereinbarung umfasste Reformen der Verfassung von 1985, die während der Regierung von Violeta Barrios verabschiedet worden waren und die nicht nur eine Aufteilung aller staatlichen Befugnisse zwischen den beiden Parteien vorsahen, sondern auch Alemán (der in zahlreiche Korruptionfälle verwickelt war) nach seinem Ausscheiden aus dem Amt einen Sitz und parlamentarische Immunität gewährten. Die Reformen umfassten außerdem eine Herabsetzung des gesetzlichen Mindestanteils für die Wahl zum Präsidenten, der auf den Prozentsatz festgelegt wurde, den Ortega als seine feste Basis errechnete: 35 % der Wählerschaft.

Zu dieser Zeit beschuldigte Zoilamérica Narváez, Ortegas Stieftochter, ihn, sie als Kind mehrfach vergewaltigt zu haben. Die Anschuldigung wurde von der nicaraguanischen Justiz zurückgewiesen. Rosario Murillo beschuldigt das Opfer, ihre

Tochter, politisch manipuliert worden zu sein und zeigt öffentlich ihre Unterstützung für Ortega, ihren Partner und späteren Ehemann, was den Beginn seines Aufstiegs zur Macht in der Partei und später in der Regierung markieren sollte.

Die Wahlreformen garantierten Ortega nicht den Sieg bei den folgenden Wahlen (2001), die von Enrique Bolaños gewonnen wurden (während dessen Amtszeit Arnoldo Alemán wegen Korruption verurteilt und ins Gefängnis gesteckt wurde), aber er wurde 2006 mit 38,07 % der Stimmen gewählt, verglichen mit 55,1 % für die beiden Kandidaten der Liberalen, die in einer getrennten Wahl antraten. Eine der ersten Maßnahmen Ortegas war die Freilassung Alemáns. Seitdem hat sich Ortega an der Macht gehalten, indem er zu folgenden Maßnahmen griff:

- a) Kooptation aller Zweige der Regierung und Konzentration der Macht in den Händen seiner Familienmitglieder (Murillo wurde 2017 zur Vizepräsidentin ernannt, eine Position, von der aus sie fast ausschließlich als Sprecherin aller Teile der Regierung fungiert; mehrere seiner Söhne übernahmen verschiedene leitende öffentliche Ämter und/oder leiten öffentliche Rundfunk- und Fernsehsender),
- b) Wiederholte und seit langem dokumentierte Wahlbetrügereien und neue Verfassungsreformen zur Beseitigung der Hindernisse, die es ihm erschwerten, Präsident zu bleiben, wie z. B. das Verbot der wiederholten Wiederwahl und das Verbot der Wiederwahl von Personen, die bereits zweimal im Amt waren.

Die Rebellion von 2018 und die aktuelle Situation

Nach einigen Jahren scheinbarer Ruhe, in denen alle Versuche öffentlicher Proteste mit Polizeigewalt unterdrückt wurden, kam es im April 2018 zu einem Bürgeraufstand, der sich an den Protesten gegen die Ankündigung einer unverantwortlichen Reform des Sozialversicherungssystems entzündete, durch die die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhöht und die Renten effektiv gekürzt wurden.

Die ersten Proteste, vor allem von älteren Rentnern, wurden gewaltsam unterdrückt, was die Ablehnung und Einbeziehung anderer Teile der Bevölkerung in die Proteste provozierte und zu einer gewaltsamen und brutalen Eskalation der Repression

fürte. Internationale Menschenrechtsorganisationen berichten, dass mindestens 355 Menschen von staatlichen Sicherheitskräften oder von bewaffneten Zivilisten, die mit Ortega sympathisieren, getötet wurden.¹

Seitdem hat die Regierung eine regelrechte Hetzjagd auf alle Personen und Institutionen gestartet, die auch nur den Hauch einer Opposition erkennen lassen. Mehr als 200.000 Nicaraguaner*innen sind ins Exil geflohen, um der Repression zu entgehen, mehr als 60 Einrichtungen (NGOs, Stiftungen, Studieninstitute, Universitäten, Nachbarschafts- und Sportvereine usw.) wurden gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Die Wahlbehörden hinderten drei politische Parteien (und eine vierte, die 2008 verboten wurde) an der Teilnahme an den Wahlen im November, die ohne Parteienpluralität, mit Wahlkampfverboten und ohne Beobachter oder unabhängige Journalist*innen stattfanden. Sieben Personen, die ihre Absicht geäußert hatten, nach den internen Auswahlverfahren ihrer jeweiligen politischen Kräfte für das Präsidentenamt zu kandidieren, wurden verhaftet und unter verschiedenen Anschuldigungen ins Gefängnis gebracht, die meisten von ihnen als Folge der Anwendung einer Reihe repressiver Gesetze, die das Regime kurz zuvor verabschiedet hatte. Unabhängigen Quellen zufolge lag die Wahlenthaltung bei über 80 %, obwohl die Regierung Druck ausübte und Drohungen aussprach, um die Bevölkerung zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen. Angesichts dieser Situation wurden die Wahlen von einem großen Teil der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt, was zu einer schweren Legitimationskrise der Diktatur führte.

Derzeit befinden sich 169 Personen, darunter 14 Frauen und 77 Minderjährige, aus politischen Gründen und unter unmenschlichen Bedingungen in Haft,

- a) mit langen Zeiten ohne Nahrung und Wasser,
- b) ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand,
- c) mit Familienbesuchen, die nur auf einer ad-hoc-Basis erlaubt sind,
- d) ohne Zugang zu warmer Kleidung, Medikamenten, medizinischer Versorgung oder Lesematerial und

¹ Siehe: Graves violaciones a los derechos humanos en el marco de las protestas sociales en Nicaragua, informe MESENI, 2018: <https://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/Nicaragua2018-es.pdf>; y “¡Disparaban con precisión: a matar!”, Confidencial, 2018: <https://www.confidencial.com.ni/nacion/42701-2disparaban-con-precision-a-matar/>

- e) ohne jegliche Achtung eines rechtmäßigen Verfahrens (es gibt Fälle von Personen, die 100 Tage im Gefängnis verbracht haben, ohne dass ihnen bekannt gemacht wurde, was ihnen vorgeworfen wird).

Neun dieser politischen Gefangenen, darunter vier Frauen, sind in Isolationszellen untergebracht und haben außer mit denen, die sie immer wieder verhören, keinen menschlichen Kontakt. Die Situation dieser Menschen ist der deutlichste Ausdruck der systematischen Verletzung der Grundrechte der nicaraguanischen Bevölkerung, die das Recht verloren hat, sich frei zu äußern, zu mobilisieren, politisch zu organisieren und Zugang zur Justiz zu erhalten.

Was sind die nächsten Schritte?

Auf internationaler Ebene hat die zunehmende Isolierung des Ortega-Murillo-Regimes durch die überwiegende Mehrheit der demokratischen Regierungen Amerikas und Europas zu einer wachsenden Annäherung an die Diktaturen Kubas und Venezuelas und zu einer unterwürfigen Beziehung zu Russland und der Volksrepublik China geführt. Wieder einmal führt die FSLN unter der Herrschaft von Daniel Ortega Nicaragua dazu, eine unbedeutende Figur im Schachspiel der großen Weltmächte zu werden, die nur Tod, Schmerz und Zerstörung bringen kann, wie wir es in den 1980er Jahren erlebt haben.

Die nicaraguanische Opposition, die immer noch zersplittert ist, keine klare Führung hat und im Lande brutaler Unterdrückung ausgesetzt ist, hat die Pflicht, mit Reife und Verantwortung zu handeln, um die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung zu kanalisieren und eine echte Alternative zum diktatorischen Treiben des Ortega-Murillo-Regimes zu bieten. Die internationale Gemeinschaft muss sich ihrerseits mit der Opposition zusammentun, um das Regime weiter zu isolieren und Maßnahmen zu ergreifen, die es daran hindern, das nicaraguanische Volk weiterhin zu unterdrücken, zu demütigen und seiner Rechte zu berauben.

10. Januar 2022